

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

139 (17.6.1930)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gelbsten Millimeter kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen nach Vereinbarung 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterpreise 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterfüllung des Bestellschlusses, bei gerichtlicher Streitigkeit und bei Annulla außer Kraft tritt. O. Erläuterung und Verzeichnis in Karlsruhe i. D. o. Schrift der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags.

Unsere wöchentlichen Beilagen: Feimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Aufzucht / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark o. Obere Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post vom 1. d. M. o. Postfach 2630 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. D., Wallstraße 28 o. Jernau 7020 und 7021 o. Postfach-Milieu: Durack, Hauptstraße 9; D.-Baden, Jagdstraße 12; Reichshaus, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 139

Karlsruhe, Dienstag, den 17. Juni 1930

50. Jahrgang

Aufgedecktes Reaktionsmanöver

Der Reichstag kostet nur den zehnten Teil eines einzigen Panzerkreuzers

Berlin, 16. Juni (Eig. Drab.) Der Reichstag begann am Montag seine erste Sitzung nach Pfingsten mit der Beratung des Haushalts des Reichsministers des Innern.

Reichsinnenminister Dr. Wirth verzichtete auf eine programmatische Rede. Er beschränkte sich auf eine formulierte Erklärung zu den Todesfällen im Lübeck, die bis jetzt 39 Opfer gefordert haben. Der Reichsinnenminister kündigte eine genaue Durchführung der Untersuchung an.

Abg. Sollmann (Soz.)

Erst als erster Redner aus dem Hause. Er schloß sich den Erklärungen des Ministers an, indem er die Teilnahme für die Eltern der Lübecker Säuglinge ausgesprochen hat. Als Nichtmediziner entließ sich Sollmann eines Urteils, fügte aber hinzu, daß die Schulmedizin durch die Lübecker Katastrophe in der Folge an Autorität verlieren werde.

Dann umriß der sozialdemokratische Redner die politischen Probleme, die mit dem Reichshaushalt in Verbindung stehen. Er begann mit dem Wunsch, an dem Reich für das Deutschtum im Ausland, daß dieser endlich die Sprache finden möge, die auch in Wort und Geist der deutschen Arbeiter dringe. Die Sozialdemokratie verlange sich der Mitarbeit für die deutschen Minderheiten im Ausland nicht, aber sie verlange, daß der Reich für das Deutschtum im Ausland sich von allen chauvinistischen und antirepublikanischen Ausdrucksformen fernhalte.

Dann nahm sich Sollmann das Schlagwort vom Kulturbolschewismus vor. Er verlangte von den Urhebern einer Entschärfung die staatliche und kirchliche Maßnahmen gegen den Kulturbolschewismus fordern, daß sie endlich einmal laßen, was sie unter Kulturbolschewismus verstanden. Die Sozialdemokratie werde weder eine geistlich-orthodoxe Kulturbildung noch eine atheistische Diktatur zuzulassen.

Die sozialistische Jugend

berief sich sehen lassen, wenn man sie mit anderen Organisationen verwechselt, die stumpfsinnige alibolische Veranordnungen und eine herbe Kritik in manchen Bundesgebieten treiben, wo der Kulturbolschewismus nicht einmal dem Namen nach bekannt sei. Das Schlimmste sei, eine Verdrängung des Fortschritts. Der sozialdemokratische Redner sprach dann die Argumente, die für eine Wahlreform

angeführt werden. Sofern nicht wie er nach, daß unter dem Einfluß der Wahlreform die Wahlbewegung nicht größer gewesen sei, als unter dem Verhältniswahlrecht, daß im Reichstag in der Wahlreformzeit genau wie jetzt 3 oder mehrere Parteien für die Regierungsbildung notwendig gewesen seien. Die Situation unter den Abgeordneten sei auch heute viel größer als wir annehmen. Von den 423 Abgeordneten der Nationalversammlung seien nur noch 104 im jetzigen Reichstag. Gegenüber dem Schrei nach Wahlreform erklärte Sollmann, bei aller Sehnsucht für politische Ge-

nies und große parlamentarische Reden müssen doch noch ein paar bescheidene Leute übrig bleiben, die im Reichstag die notwendige Arbeit leisten. Eine Verringerung der Abgeordneten würde die Sozialdemokratie nicht mit.

Der ganze Reichstag mit allen Verwaltungskosten, Diäten und Freifahrten benötige nur 8,1 Millionen Mark im Jahr, das sei der zehnte Teil der Kosten eines Panzerkreuzers.

Dann verlangte Sollmann entsprechend eines durch die Sozialdemokratie im Ausschuss zur Annahme gebrachten Antrags die Initiierung der Reichsregierung zur

Reichsreform.

Recht wurde es, als der sozialdemokratische Redner auf den Konflikt mit Thüringen

einging. Die Nationalsozialisten brüllten beinahe hinter jedem Satz. Sollmann las dem Reichsminister Dr. Wirth, daß die Nationalsozialisten bedeutende agitatorische Antriebe erhalten würden, wenn die Reichsregierung nicht ihre volle Autorität gegen die Thüringer Reichspräsidenten einleiten würde. Der sozialdemokratische Redner unterwarf dann die ökonomische und soziale Grundlage der Parteien, und rief den bürgerlichen Parteien zu, daß eine

Massenbewegung ohne sozialdemokratische Forderungen und Ziele garnicht mehr möglich

sei. Die Sozialdemokratie habe die geschichtliche Aufgabe, die neuen proletarischen Schichten zu erziehen, und sie werde diese Aufgabe lösen.

Der langweilige deutschnationale Professor Dr. Spahn predigte das Haus, das den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners aufmerksam gelauscht hat, sofort leer. Er rebelle gegen den Einheitsstaat und beschwerte sich über schändliche Behandlung des Stahlhelms.

Reichsinnenminister Dr. Wirth führte ihn mit überlegener Gewandtheit ab. Dann erklärte Wirth, daß die Thüringer Katastrophe dem Geiste und Sinn der Verfassung widerspreche. Die Nationalsozialisten mißbrauchen die Freiheit in der Republik. Wirth kündigte an, daß er morgen ausführlich auf die Reden antworten werde.

Der Zentrumsausschreiber Dr. Schreiber sprach mit ziemlicher Schärfe zum Konflikt zwischen dem Reichsminister und Thüringen. Das deutsche Reich dürfe nicht zulassen, daß der Föderationsgedanke mißbraucht werde, um Unzufriedenheiten und Anwesenheit in die Politik zu tragen. Kulturpolitisch hielt sich Schreiber ziemlich zurück. Er meinte, daß die Religion besonderen Schutzes bedürfte. Die Sozialdemokratie werde in Zukunft härter vor die Frage gestellt werden, ob sie der Religion die Mindestachtung zubilligen wolle. Wir bereiten die Sorge des Herrn Schreiber nicht. Wir billigen der Religion sogar die höchste Achtung zu, nur verlangen wir diese Achtung auch für nicht kirchlichen Kulturbereich.

Den Abschluß des Tages bildete die übliche kommunistische Rede, die diesmal der Abgeordnete Malowitski hielt. Selbstverständlich rief er die Abgeordneten Severing und Sollmann herunter, ebenso Herrn Dr. Wirth.

Kapitalismus und Massenelend

Karlsruhe, 17. Juni.

Die scharfmacherische Schwerindustrie steht im Begriffe, die Ernte einer mehrjährigen Saat in die Scheunen zu bringen. Die frivole erzeugte Arbeitslosigkeit in Verbindung mit der politischen Hege gegen die organisierte Arbeiterbewegung hat ihre Dienste getan. Den Herren scheint der Zeitpunkt gekommen, jetzt zum großen Schlag auf das Lohnniveau der Arbeiter und Angestellten, der dann seine Rückwirkung auch auf die Beamtenschaft haben würde, auszuholen. Mit der durch die Arbeitslosigkeit erzeugten industriellen Reservearmee, deren Bedeutung der so viel geschmähte Karl Marx bis in unsere Tage hinein richtig diagnostiziert hatte, hat die Schwerindustrie die Arbeiterschaft müde gemacht, so daß sie glaubt, jetzt den geeigneten Zeitpunkt für ihre groß angelegte Aktion vor sich zu haben und das Sprengpulver der von den Unternehmern als Rückenbedeckung gelegten Minen der „nationalen“ Bewegung in Verbindung mit wertloser kommunistischer Parolenkassette sollen das übrige tun, um der Arbeiterschaft jene Schlagkraft zu rauben, welche die Stärke verliehen hätte, anstelle der kapitalistischen Sanierung die Bahn für wirkliche Aufstiegsmöglichkeiten der Arbeiterschaft frei zu machen. Denn wenn die deutsche Wirtschaft heute in eine Sackgasse geraten ist, so weniger aus mangelndem Kapital oder ungenügenden Produktionsmitteln, sondern aus anderen Gründen. Wird zweifellos der kleine Geschäftsmann stark von der Kapitalnot bebrängt und leidet er durch die zunehmende Konzentration sicher schwerer, als Fernstehende annehmen, so trifft dies dagegen nicht für das große Unternehmertum zu, wie, abgesehen von den Ausweisen der Banken, die 6 bis 8 Milliarden deutsche Guthaben im Ausland besaßen. Soweit personelle Einflüsse die verschlechterte deutsche Konjunktur verschuldeten, so muß sich die deutsche Wirtschaft hierfür bei Herrn Schacht seligen Andenkens für dessen ungezügelter Kreditpötte und bei Herrn Hugenberg für dessen Banilmache bedanken, die in Verbindung mit der Katastrophopolitik der Nationalsozialisten und Kommunisten die Atmosphäre für jene Depression schufen, welche die Luft für die heute vorliegende Lohnabbau-Propaganda reif machte.

Es mag schon sein, daß im Interesse der Wirtschaft an einzelnen Stellen ein Einkommensabbau zugunsten der Gesamtheit am Platze wäre, in den allermeisten Fällen dürfte man dann jedoch nicht von einem „Lohnabbau“ sprechen, sondern müßte von einer Senkung allzu hoher Gehälter in leitenden Positionen, von einer Dezimierung allzu hoher Löhnen und von einer Minderung der Reineinkommen sprechen, insbesondere in jenen Kreisen, welche im Interesse unverminderter Reineinkommen die Kartellpreise auf einer unerträglichen Höhe halten. So sehr jedoch in der bürgerlichen Presse Propaganda gemacht wird für eine Lohnsenkung, von einem Vorstoß gegen die Kartelle läßt man sehr wenig. Man anerkennt zwar, daß dem deutschen Volke heute die Kaufkraft fehlt, um den heimischen Markt zu beleben, übersehen jedoch, daß durch eine Dezimierung der Löhne die Kaufkraft eine noch härtere Schwächung erfahren würde, als dies ohnehin der Fall ist. Wenn es sich jedoch darum handelt, eine wirkliche Preisentlastung zu erreichen, die sowohl für den inneren Markt erforderlich ist und auch für den Export heute eine unbedingte Notwendigkeit bedeutet, nachdem andere Länder in der Preisentlastung bereits vorangegangen, so müssen in allererster Linie die Kartelle Opfer bringen und zwar in ganz anderer Weise, als dies in der von uns bereits mitgeteilten Ankündigung der deutschen Rohstoffgemeinschaft zum Ausdruck kommt. Wenn die Preisentlastung vor allem im Interesse unseres Exportes etwas fruchten soll, dann müssen die Industriegewaltigen ganz andere Opfer bringen als sie sich bis jetzt bereit erklärten, nachdem seit März die deutsche Verarbeitungsindustrie in der Konkurrenz mit dem Ausland wegen der hohen deutschen Rohmaterialpreise fürchterlich zurückgeworfen worden ist. Die englischen Eisenpreise sind um 10 bis 20 Prozent, die französischen teilweise auch bis 20 Prozent billiger als die deutschen. Wenn die Preise für die deutschen Verbraucher nicht um mindestens 8 bis 10% niedriger werden, kann die Preisentlastung die Konkurrenz nicht anregen und alle Preisabbauankündigungen bedeuten nichts anderes als einen Bluff, der uns in unserem Export nichts nützt, daher nur innenpolitisch die Kulisse für die Lohnabbauaktion darstellen soll.

Die Lohnabbauaktion bedeutet daher eine Fehltrichtung zur Belebung der Wirtschaft, die in ihren Hintergründen darzulegen wir für unsere Pflicht halten. Nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft, sondern vor allem auch im Interesse der deutschen Wirtschaft. Denn wer die heutige Wirtschaftssituation betrachtet, muß es für seine Pflicht halten, selbst unter Opfern für die Belebung der Wirtschaft zu arbeiten. Fehltritte sind hierbei jedoch von Uebel und wir halten die Lohnabbauaktion, von ihrer sozialen Wirkung ganz abgesehen, für ein solches Uebel. Ebenso wie wir es auch grundförmig für falsch halten, in einer Zeit, wo die Jugend durch die Arbeitslosigkeit in allen Berufen und Schichten von Arbeit und nützlicher Tätigkeit ferngehalten wird, etwa durch Erhöhung des pensionsfähigen Alters politische Charlataner zu treiben. Wenn man die Wirtschaft beleben will, dann nicht durch ein Lohndumping, gegen das sich bereits jetzt schon im Ausland entsetzte Stimmen der Ablehnung vernehmen lassen, sondern durch ein großzügiges Arbeits-

Dauernde flickwerksarbeit

Die Schwäche der starken Regierung - Wann geht Moldenhauer?

Ueber den Stand der Sanierungsversuche in Berlin drabst uns der SPD. Das Kabinett Brüning hat mit seinem Finanzprogramm in der Öffentlichkeit ein Echo erndet, wie es wohl auch die größten Bestmühten innerhalb der Regierung nicht voraussehen haben. Nicht etwa nur bei den Parteien der Opposition, sondern in fast noch härterer Weise bei denen, die die Regierung bilden und leiten. Insbesondere muß sich der Finanzminister Moldenhauer diese Dinge lassen und da wieder in erster Linie von seinen eigenen politischen Freunden und von seiner eigenen, der volksparteilichen Presse. Schwächlichkeit und Unfähigkeit werden ihm vorzuerworfen, die Notwendigkeit seines Entlasses durch einen besseren und tüchtigeren Mann wird offen erörtert und man kann es verstehen, daß immer wieder das Gerücht auftaucht, er werde nicht mehr lange seinen gegenwärtigen Posten behalten. Begreifen könnte man es auch, wenn Herr Moldenhauer angesichts dieses Überstandes der Sache überdrüssig würde. Es liegt aber auf der Hand, daß der Rücktritt des Finanzministers mit größter Wahrscheinlichkeit die Gesamtkrise nach sich ziehen müßte.

In erster Linie ist Gegenstand des Angriffes das Notopfer der Beamten und Selbstbesoldeten. Die demokratische Reichstagsfraktion lehnt ausdrücklich die Zustimmung zu diesem Projekt ab. Volksparteiliche Provinzorgane haben sich auf denselben Standpunkt gestellt und auch im Zentrum werden sehr beachtliche Stimmen laut (es sei nur an die Ausführungen des Abgeordneten Köhler erinnert), die sich gegen die Sonderbelastung der Beamten mit aller Schärfe aussprechen.

Eine Zeitlang hat man in den Kreisen der Regierung geglaubt, die Sozialdemokratie werde dem Kabinett aus der Verlegenheit helfen. Es wurde daran erinnert, daß sie doch schon bei früheren Gelegenheiten die Idee des Notopfers in die Debatte gemomert habe. Wenn die Sozialdemokratie von Notopfern sprach, so meinte sie eine zufällige Leistung der Bestehenden, in erster Linie der Beamten hoher Einkommen. Der Appell geht daher daneben.

Aber es ist nicht das Notopfer allein, das den Widerpruch hervorruft. Bei einem großen Teil der Bürgerlichen spielen noch ganz andere Erwägungen mit. Sie reden von dem Fiskus und Stücker und dem Arbeitslosenversicherung nicht noch größere Beiträge als der Fiskus entziehen, daß ihre Stimme diejenige des Predigers in der Wüste kapitalistischer Vorurteile bleiben wird.

Stil Papier geworden. Eine Mehrheit zu seiner Durchführung ist nicht vorhanden. Das Reusette wäre nun das Fehlen der Entscheidung in offener Feldschlacht, und die Auflösung des Reichstags. Aber die Parteien, die hinter ihm stehen, wollen diese Auflösung nicht. Sie wissen sehr genau, was ihnen von einer Neuwahl droht. Die Sozialdemokratie würde die Wahl an sich wahrhaftig nicht zu bestreiten brauchen. Aber sie treibt die Auflösung nicht an, weil mit ihr unweigerlich die Anwendung des Artikels 48 verbunden sein dürfte, und weil der neue Reichstag sicherlich nicht arbeitsfähiger wäre, als der gegenwärtige.

Grundförmlich wünschen wir die Erledigung der Finanzreform auf dem geordneten parlamentarischen Wege, nur daß wir selbstverständlich die Hand zur Durchführung des Brüning-Moldenhauerischen Programms nicht bieten können, schon deswegen nicht, weil es uns, von allen Einzelheiten abgesehen, in seiner Gesamtheit auf ebenso schwachen Füßen zu stehen scheint, wie die erste Steueraktion des amtierenden Kabinetts. Was not tut, ist mehr als Vorschläge zur Behebung des gegenwärtigen sichtbaren Fehlbetrags. Was not tut, ist vor allem der energische Entschluß, das Uebel an seiner Wurzel zu fassen und für die Belebung der Produktion zu sorgen. Hier helfen Volksparteiliche nicht. Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die öffentlichen Betriebe und die Produktionssteigerungen der privaten Wirtschaft durch eine energische, von der Gesetzgebung erwünschte Preisentlastung ist notwendig. Was nun die Regierung bisher vorge schlagen hat, sind stets Entwürfe zur Steuererhöhung und zur Lohnsenkung. Preisabbau und Ausgabenlenkung werden nur sehr vage für die Zukunft in Aussicht gestellt. Als ob es nicht angängig wäre, so viel Streichungen im Etat (besonders im Wehretat) vorzunehmen, endlich an die Berabstimmung der hohen Pensionen zu gehen, und die Notwendigkeit einer einseitigen Verwaltungsreform nicht nur mit schönen Worten abzutun.

Die Sozialdemokratie besitzt Verantwortlichkeitsgefühl genug, um sich in der jetzigen Situation nicht auf Schadenfreude über die Mißerfolge des Kabinetts Brüning zu beschränken; auch wird sie es nicht bei der Kritik und bei der Ablehnung seiner Vorschläge bewenden lassen. Sie ist bereit, Mittel zur Beseitigung des unabweisbaren Problems, vor dem das Land steht, aufzusuchen, aber sie kann sich der Sorge nicht entziehen, daß ihre Stimme diejenige des Predigers in der Wüste kapitalistischer Vorurteile bleiben wird.

Schaffungsprogramm, das allmählich die Wirtschaft wieder in Gang bringt. Nachdem durch Schachts Fehler die öffentliche Wirtschaft mit ihrer Drofflung der Auftragserteilung die heutige Entwicklung der Dinge, mit herbeigeführt hat, ist es nun Aufgabe der öffentlichen Wirtschaftsinstitutionen, in dieser schweren Stunde alles zu tun, um durch Auftragserteilung, Belebung der Bauwirtschaft u. s. w. frische Impulse in das stöckende Wirtschaftsleben zu tragen. Die letzte Ursache der Wirtschaftskrise liegt jedoch in dem Strukturwandel der Wirtschaft, der gleichzeitig drastisch dazukommt, daß eine wirkliche Beseitigung des jetzigen Elendes nicht über Lohnherabsetzungen und dergleichen führt, sondern über jenen Weg, den uns der Sozialismus weist. Hat bereits vor dem Krieg die Maschine in zunehmendem Maße den Menschen verdrängt, so haben die technischen Umwälzungen der Nachkriegszeit alles bisher auf diesem Gebiete Geleistete überholt. Der Wirkungsgrad der Kraftmaschinen ist ein ganz anderer als vor dem Krieg; wir brauchen z. B. heute zur Gewinnung einer Pferdekraft nicht einmal halb so viel Kohle wie vor dem Krieg. In der Landwirtschaft kommt im gleichen Maße die Maschine immer mehr zur Geltung. In der Eisenherstellung wird die Produktivität der Arbeit durch Pflanzaggregate von Hochöfen, durch mechanische Befestigung der Ofen u. s. w. ungeahnt vergrößert. Immer mehr weichen alte handwerksmäßige Vorrichtungen den Maschinen. Im Transportwesen gesellt sich zur Eisenbahn das Auto, das jetzt noch durch Flugzeug und Luftschiff ergänzt wird. Angeheure Umwälzungen, kaum minder groß und minder tief wirkend als die industrielle Revolution vor einem Jahrhundert, gehen vor sich. So wächst die Ergiebigkeit der Arbeit ins Ungeahnte. Aber in der kapitalistischen Gesellschaft ist die Arbeitskraft, trotzdem davon die Existenz des Menschen abhängt, eine Ware wie jede andere. Braucht man weniger Arbeit zu derselben Leistung, so werden weniger Arbeiter beschäftigt. Mit Recht betonte die Wiener Arbeiterzeitung neulich, als sie in einem grandiosen Gemälde darauf hinwies, daß wir jetzt aus derselben Kohle mehr als doppelt so viel Energie gewinnen als früher, welchen Triumph forschenden Menschengenies diese Leistung darstellte, indem sie jedoch mit Recht gleichzeitig auf die furchtbare Reihseite der Medaille hinwies, daß in der heutigen kapitalistischen Welt diese Kohlenenergie für Hunderttausende von Bergarbeitern nichts als Arbeitslosigkeit, also furchtbares Elend bedeuten. Was heute vor sich geht, ist ein Weltprozess, dem sich kein einzelnes Land entziehen kann, in dem kein einzelnes

Land ungekräft zurückbleiben kann. Das Land, dessen Industrie in diesem Prozess zurückbliebe, würde seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt verlieren und damit erst recht zugrunde gehen. Aber so unaufhaltsam diese industrielle Revolution ist, so furchtbar ihre Wirkungen sind, ebenso sehr deckt sie aber auch den tiefen inneren Widerspruch der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung auf: Den Widerspruch, daß jede neue Errungenschaft forschenden Menschengenies, die die Leistungswucht der Arbeit erhöht, zum Fluche für die Arbeitenden wird. Immer mehr zeigt sich der Wahnsinn, einen Teil der Menschheit bis zur Erschöpfung arbeiten zu lassen, während Millionen unfreiwillig feiern. Der Kampf um die weitere Verkürzung der Arbeitszeit wird eine der Zukunftsaufgaben der internationalen Arbeiterbewegung sein, nach dem die Träger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht die notwendigen Folgerungen aus der Rationalisierung ziehen. Ueber alle Einzelheiten weist jedoch die heutige Form der Arbeitstechnik auf die Notwendigkeit einer Zusammenfassung der Menschheit zu einer großen Genossenschaft, in der die Rationalisierung, die heute zur Quelle der Not von Millionen wurde, zur Quelle erhöhten Wohlstandes, erhöhter Kultur für alle wird. Wenn daher der heutigen Weltarbeitslosigkeit ernstlich an den Leib gerührt werden soll, so müssen die Staatsmänner aller Länder zusammenkommen, um die Weltwirtschaft und ihre Verbindungen dem heutigen Stand der Technik anzupassen. Die Technik schreit nach einer Organisation der Welt. Die Staatsmänner und Lenker der Völker sehen jedoch die von ihnen beherrschten Länderkomplexe fast noch mit den gleichen Augen an, wie der Duodezführer vor anno dazumal die paar hundert Quadratkilometer, über die er gebot. Soll die Geschichte demaleinst nicht ein schweres Verdict über die heute herrschende Staatsmannschaft in allen Ländern fällen, so müssen sich die Leiter aller Staaten zusammenschließen, um aus dem Chaos herauszukommen, in das die Arbeitslosigkeit einen großen Teil unseres Erdballes zurückgeworfen hat. Mit Hochachtungsworten, in denen sich Deutschland und Amerika ihre Rettung erblicken und mit denen auch in konteraktiven Kreisen Englands gespielt wird, ist es nicht getan. Die fortgeschrittene Technik fordert neue Methoden der Wirtschaft, wobei allerdings an den sozialistischen Methoden nicht vorübergegangen werden kann. Wo sind die Staatsmänner, um all das zu formen, was die Technik und der Wille der Millionen der arbeitenden Bevölkerung aller Länder fordern und wünschen?

Unmöglich!

Krisenfürsorge im „Rahmen des Möglichen“

Das Kabinett Brüning hat für den so dringend notwendigen Ausbau der Krisenunterstützung angeblich nicht genug Geld. Sein Reichsarbeitsminister erklärte die freien Gewerkschaften, die eine Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufe fordern, das Reich könne nur im „Rahmen des Möglichen“ helfen. Dieser Rahmen ist ein richtiger Himmelsstrahl. Gemessen an den elementaren Lebensnotwendigkeiten — der Hunger der Ausgesteuerten tut weh — ist dieser Rahmen eine Unmöglichkeit. Er ist auch eine Gefahr; denn er ist zu straff und zu eng gespannt, und allzu straff gespannt verplatzt bekanntlich der Bogen.

Wie steht es im einzelnen mit diesem Rahmen des Möglichen? Im Etat sind 150 Millionen für Krisenunterstützung vorgesehen. Dazu kommen weitere im neuen Deckungsplan vorgesehene 150 Millionen, so daß also, wenn der Reichstag mit diesen Vorschlägen einverstanden ist, im ganzen zunächst 300 Millionen für Krisenunterstützung zur Verfügung stehen. Mit diesen 300 Millionen kann man vielleicht rund 400 000 Ausgesteuerte unterstützen. Nun liegt aber im Augenblick die Zahl der Krisenunterstützten bereits über 325 000. Auch wenn der Kreis der Berufsrufen, die in die Krisenunterstützung einbezogen sind, nicht größer wird, dann müßte dennoch in Kürze infolge der Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger kritisch in die Höhe gehen. Wie stark die Zunahme der Krisenunterstützungsempfänger ist, zeigt die Tatsache, daß in der Zeit vom 16. Februar bis 15. März bei 118 000 Arbeitslosenunterstützungsempfängern der

Unterstützungsanspruch erfolglos; davon kamen 41 500 in die Krisenunterstützung, also 35,1 Prozent oder rund ein Drittel. Man darf sich nicht verhehlen, daß in diesem Jahr infolge der schlechten Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt die Unterstüßungsdauer bei den meisten Krisenunterstützungsempfängern viel mehr ausgedehnt wird, während im vorigen Jahr ein gut Teil der Krisenunterstützten im Frühjahr wieder in Arbeit kam.

Entscheidend für die Beurteilung der von der Regierung vorgesehenen Unterstüßung ist die Frage, inwieweit die Forderungen der Gewerkschaften auf Ausbau der Krisenunterstützung erfüllt werden oder nicht. Schon eine Einbeziehung der Bauarbeiter muß sehr schnell die Zahl der Krisenunterstützungsempfänger in die Höhe gehen lassen. Nimmt man eine Zunahme von Unterstüßungsempfängern um rund 200 000 an, — was bestimmt nicht zu hoch gegriffen ist — dann fehlen für rund 140 000 bis 150 000 Ausgesteuerte die Unterstüßungsmittel und den Gemeinden kann man doch nicht noch mehr aufhalsen.

Der Rahmen des Möglichen ist, wie man sieht, unerträglich eng und gespannt. Der Reichsarbeitsminister hat wohl in Aussicht gestellt, daß 120 bis 130 000 Bauarbeiter Beschäftigung gesichert werden soll. Wenn der Arbeitsminister mit seinen Plänen Glück hat, schön, aber einstweilen muß etwas für die Unterstüßung der immer mehr anwachsenden Scharen der Ausgesteuerten ostant werden. Die Erweiterung der Krisenunterstützung kann nicht länger mehr aufgeschoben werden.

Volkspartei gegen Notopfer

Volksparteilicher Kampf gegen den volksparteilichen Finanzminister

Berlin, 16. Juni. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei faßte in ihrer heutigen Sitzung folgende Entschliessung: Das Problem der deutschen Wirtschaft und der Finanzen des Reiches kann nicht von der steuerlichen Seite, sondern nur von der Seite der Belebung der Wirtschaft und Senkung der Ausgaben angefaßt werden. Die gesamte Wirtschaft befindet sich in dem Zustand fortschreitender Einkümmung. Das Arbeitslosenelement und die Leere der öffentlichen Kassen sind der Ausdruck dieses Zustandes. Deshalb muß die Senkung der Produktionskosten, Herabsetzung der Personalausgaben in der privaten Wirtschaft unter gleichzeitiger Herabsetzung der Preise und durch starke Verminderung der Ausgaben der öffentlichen Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden durchgeführt werden. So lange die Voraussetzung für ein solche gemeinschaftliche Kraftanstrengung des ganzen Volkes nicht gegeben sind, bleiben einseitige Sonderbelastungen wie das Notopfer oder die Reichshilfe der Volkswirtschaften ungerecht. Die Haushaltspläne für das Jahr 1930 in Reich, Ländern und Gemeinden sind einer nochmaligen verlässlichen Nachprüfung zu unterziehen mit dem Zweck einer weiteren Minderungsabgabe.

Stuttgart, 16. Juni (Eig. Meldung.) Eine Versammlung der Deutschen Volkspartei in der Universitätsstadt Tübingen gestaltete sich zu einem scharfen Protest gegen das von der Reichsregierung geplante Deckungsprogramm. Redner war der Staatsrechtslehrer Professor Käßler, der der letzte württembergische Minister vor der Staatsumwälzung gewesen ist. Er führte u. a. aus: Wenn der von der Deutschen Volkspartei gestellte Reichsfinanzminister den schwierigen Aufgaben seines Amtes nicht gewachsen sei, so müsse die Partei den Mut haben, ihn zurückzuziehen und durch einen anderen Mann zu ersetzen. Wenn sich ein solcher Mann in der eigenen Partei nicht finde, so habe ja die demokratische Partei anerkannte Finanzgößen, die das Amt übernehmen könnten. Die Ausführungen des Redners fanden allgemeine Zustimmung.

Arzteprotest gegen Krankenversicherungsabbau

Die ärztlichen Spitzenorganisationen, der Deutsche Ärzteverein und der Verband der Ärzte Deutschlands, der Hartmannbund, haben zu den Meldungen, wonach das Kabinett scharfe Eingriffe in die Krankenversicherung beschlossen habe, Stellung genommen und eine Entschliessung gefaßt, in der es u. a. heißt:

Durch die Festschneidung von drei Vierteln für den Bezug von Krankengeld durch Einführung einer Krankengeldbeitragsabgabe und durch

eine härtere Beteiligung an den Arzteeskosten wird das Benutzen ärztlicher Hilfe unerträglich erschwert, doch schon durch diese Maßnahmen mit einer Zurückdrängung der Krankenbehandlung um 20 Prozent der Krankheitsfälle gerechnet wird. Die Verantwortung für die gesundheitlichen Folgen für die vergrößerte Bevölkerung trifft in vollem Umfang die Gesetzgeber. Die weit über das Ziel hinausgehenden Maßnahmen bedeuten eine verhängnisvolle Einschränkung der ärztlichen Leistung, nämlich der Krankenbehandlung und führen damit zu einer völligen Entwertung der gerade heute unentbehrlichen Krankenversicherung.

Das Moldenhauer'sche Notopfer



Auch die Pensionäre zahlen, der Kapitalprofit aber bleibt steuerfrei!

Kurssturz in Neuport
Wallstreet hatte heute einen schwarzen Tag zu verzeichnen. Umfangreiche Liquidationen und Blankobgaben, die auf den scharfen Rückgang der Warenpreise, auf das Fallen irgenwelcher anregender wirtschaftlicher Nachrichten vor allem jedoch auf die Ermäßigung der Goldzinss und Kupferexportpreise zurückzuführen waren, übten einen nachhaltigen Druck auf das Kursniveau aus.

Demissionsgesuch Hainichs
Wien, 16. Juni. Der österreichische Bundesminister für Handel und Verkehr überreichte heute, wie in politischen Kreisen zuverlässig verlautet, dem Bundespräsidenten seine Demission.

Sozialdemokratie und Saarfrage

Der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei für die obere Rheinprovinz nahm zur Saarfrage eine Entschliessung an, in der es u. a. heißt:

„Der Bezirksparteitag sieht in dem Beginn offizieller Saarverhandlungen in Paris einen Erfolg seiner Verbandsratspolitik die von der Sozialdemokratie geleitet, geföhrt und ständig gefördert worden ist und begrüßt sie in diesem Sinne. Andererseits aber würde es jeder Saarverhandlungswilligen Partei und jedem Saarverhandlungswilligen Deutschen widerstreben, wenn die Saarverhandlungen der Saarprobleme noch eine gescheiterte Zukunftswahl der Saar bringen würden. In diesem Sinne erwartet der Parteitag, daß die Saar territorial reiflos nach Deutschland zurückkehrt, sämtliche Gruben und Kohlenfelder in die Hand des preussischen und bayerischen Staates überführt werden und für die zoll- und handelspolitischen Frage eine Lösung gefunden wird, durch die die Vereinigung der saarländischen, deutschen und französischen Interessen erreicht werden muß. Für die innenpolitische Rückführung erwartet der Parteitag die Vorbereitung und Inangriffnahme aller Maßnahmen zur Wehrbereitschaft und Wahrung des Lebensraumes der saarländischen Interessen, die Einführung der deutschen Gesetzgebung und Erhaltung der an der Saar bestehenden Arbeitslosigkeit.“

Attentat im Trunkenheitszustand

Stuttgart, 16. Juni (Eig. Meldung.) Der Attentatsversuch gegen den württembergischen Justizminister Dr. Beerle, der am Dienstag in seinem Amtszimmer verübt wurde, gelangte am Montag vor dem Stuttgarter Schwurgericht zur Verhandlung. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte, der Sänder Friedrich Stänge, an dem Tage ziemlich angekränkt war, so daß es eigentlich nicht recht verständlich ist, wie er überhaupt Zutritt zum Zimmer des Ministers erlangen konnte. Als der Minister nach langem Verhandeln mit Stänge dessen Ergehen um Begnadigung lemer in der Strafanstalt befindlichen Ehefrau ablesnte, drang Stänge mit dem offenen Messer auf den Minister ein. Dieser gab ein Glockenzeichen, worauf noch der Hausinspektor Sägele hinaufkam. Es entstand ein Handgemenge, wobei Stänge und Sägele zu Boden stürzten. Bei dem Versuch, dem Stänge das offene Messer zu entwenden, hat der Minister dann keine schweren Schnittwunden an der Hand erhalten. Stänge schüttete nun aus dem Geschübe und wurde später in Uim verhaftet. Die Anklage gegen ihn lautet auf versuchten Mord. Er wurde aber nur wegen Beamteneinmütigung zu drei Jahren Gefängnis und Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt.

„Französisches Eisenbahnjubiläum“

Die französische Staatsbahn-Gesellschaft läßt zur Feier des hundertjährigen Bestehens der ersten französischen Eisenbahn auf der Strecke Paris-St. Germain während der Woche vor dem Nationalfeiertag am 14. Juli einen „historischen Zug“ laufen. Dieser Urgroßvater-Eisenbahn besteht aus einer historischen echten Lokomotive und drei Personenwagen.

Die Wochenschrift „Illustration“ will das Ereignis durch eine Sondernummer feiern, in der sie den Bericht einer Beisitzerin über die Einweihung der Bahn veröffentlicht. Der führende Redakteur, der einst die erste Eisenbahnfahrt mitgemacht hat, gab eine derart glänzende Schilderung von dem Ereignis, als ob es sich um eine Expedition nach dem Nordpol gehandelt hätte. U. a. stellte er fest, daß die Bewohner von St. Germain, die heute mit dem elektrischen Vorortzug in kaum einer Viertelstunde nach Paris fahren könnten, damals einen ganz anderen Dialekt sprachen als die Pariser, er sprach, wie sie nur Bergdörfler zu eigen sei. In diesem Zusammenhang erinnert der Autor daran, daß der erste Lokomotivführer der Bahn Paris-St. Germain während seiner 27-jährigen Dienstzeit nicht ein einziges Mal den Pariser Bahnhof verlassen und der Stadt Paris nicht einen Fuß abgetreten hat.

Wahlen in Indien im September

Simla, 16. Juni. Amlich wird gemeldet, daß die Wahlen der gesetzgebenden Versammlung und zum Staatsrat für den kommenden September festgesetzt worden sind.

Aus aller Welt

Binder Passagier
Stuttgart, 16. Juni. (Eig. Meldung.) Bei dem kurzen Aufenthalt des D-348s Paris-Brug auf dem württembergischen Station Schornbrunn entdeckte man im Bremsgestänge eines Wagens einen Polen, der in der wenig bemerkenswerten Lage die Fahrt von Paris bis Schornbrunn als blinder Passagier mitgemacht hatte. Er wurde von der Bahnverwaltung der Volkseisenbahn übergeben.

Heftiges Unwetter über der Gegend von Moson
Comiene, 16. Juni. Ueber der Gegend von Moson ging am Sonntag vormittag ein heftiges Gewitter nieder. Mehrere Dörfer der Umgegend sind von heftigen Regenschauern abgedrängt. Die Schneefschneise Paris-Berlin amischen Kräfte und Chouma war auf einer Länge von über einem Kilometer unterbrochen.

Auffsehen erregende Verhaftung eines Obermuffelmeisters
Münch., 16. Juni. Das umlaufende Gerücht, daß am Sonntag eine auffsehen erregende Verhaftung vorgenommen worden sei, hat sich jetzt bestätigt. Aus dem Zuge der gegen 10 Uhr aus der Richtung Köln auf dem hiesigen Bahnhof entraf, stieg die Gattin des Obermuffelmeisters der 2. Abt. des 6. Art.Regts. Paul Adam. Sie wurde von ihrem Manne am Bahnhof erwartet, weil sie mit den Worten „hat alles geklappt“ empfing. In diesem Augenblick wurde das Ehepaar Adam verhaftet. Zwei Beamte des Gegenpolizeiamts aus Köln waren der Frau Adam, die aus dem belebten Gebiet zurückkam, während der ganzen Zeit unruhig zusehend. Die hiesige Kriminalpolizei war verständigt worden. Wie wir hören, sollen schwere Verbrechen des Obermuffelmeisters (Landesverrat) vorliegen. Das Motiv der Tat soll in den militärischen Verhältnissen des Verhafteten liegen, der weit über seine Verhältnisse hinaus lebte.

Autounfall im Juliopoj
Sikopolana (Engadin), 16. Juni. Auf der Engadiner Straße bei Juliopoj ereignete sich am vergangenen Sonntag ein schwerer Autounfall. Ein deutscher Fabrikant namens Töschgen fuhr mit seinem Auto auf der Straße nach Juliopoj, das nur durch einen engen und steilen Berg hindurch führt. In einem Augenblick verlor er die Kontrolle über das Auto, das ihm entgegenkam, wobei Töschgen fest auf der fahrenden Wagen rutschte und in den Berg stürzte. Er wurde schwer verletzt, seine beiden Füße wurden schwer verletzt, während der Chauffeur keine schweren Verletzungen davontrug. Im anderen Auto, das mit dem Unfallwagen getreuet hatte, befand sich ein Arzt, ebenfalls aus Juliopoj, der die erste Hilfe leisten konnte. Die Verletzten befinden sich in Sikopolana in ärztlicher Pflege.

Eröffnung der Weltkraft-Konferenz
Berlin, 16. Juni. Die Weltkraftkonferenz wurde heute vormittag um 10 Uhr in feierlicher Sitzung im vollbesetzten Theateraum des Staatsoper am Platz der Republik eröffnet. Die feierliche Eröffnung wurde im Namen der Reichsregierung und zugleich im Namen der preussischen Staatsregierung vom Reichskanzler Dr. Brüning herzlich willkommen geheißen.

Freistaat Baden

Durchführung des nationalsozialistischen Abzeichensverbots

Das badische Innenministerium erläßt folgende Bekanntmachung:

Nachdem auch in Baden durch Angehörige der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei versucht wird, das obige Abzeichenverbot zu umgehen oder ihm zum Schaden zu werden, wird anordnet, daß hiergegen mit Strenge eingeschritten und bei Verstoß vorkommenden schwereren Straftaten sofortige Abgabe an die Staatsanwaltschaften erfolgt.

Das auf Grund des § 30 Bad. Polizeistrafgesetzbuchs ausgesprochene Verbot erstreckt sich auch auf das Mitführen von nationalsozialistischen Abzeichen, ebenso auf Kleidungsstücke mit nationalsozialistischen, sowie auch auf Kleidungsstücke, die in anderer Weise, wie bisher üblich, die Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum Ausdruck bringen sollen.

Darüber hinaus wird den Bezirksämtern — Polizeidirektionen — anheimgegeben, auf Grund des § 23 des Polizeistrafgesetzbuchs Aushebungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei auf öffentlichen Straßen und Plätzen bis auf weiteres ganz zu verbieten.

Die Vorgänge in Mannheim und Karlsruhe haben gezeigt, daß dieser Erlaß notwendig ist und wir erwarten, daß er im Interesse der Staatsautorität mit aller Energie durchgeführt wird.

Badischer Philologentag und Schule

In Freiburg i. Br. fand die Hauptversammlung des badischen Philologentages statt.

Dabei führte der erste Vorsitzende des deutschen Philologentages, Oberstudienrat Dr. Behrend, zum Thema: „Der Gedanke der Allgemeinbildung und der Berufsbildung in der Entwicklung der höheren Schulen“ u. a. aus, daß es sehr bequem sei zu fordern, man solle nur solche Schüler auf die höhere Schule lassen, die den ganzen Bildungsgang bis zum Abitur durchzumachen bestanden seien. Vom Sextaner lasse sich doch noch keineswegs sagen, wie er sich künftig entwickeln werde. Ebenso könne man der freien Entscheidung der Eltern nicht vorgreifen. Das Berechtigungszeugnis müsse man anwenden von dem Gedanken aus, daß die höheren Schulen auf die Berufsvorbereitung müßten.

Eine Zurückführung auf die Gelehrtenschulen sei unmöglich und würde zu einer Kulturkatastrophe führen. Andererseits sei es auch, wie das Beispiel Sowjetrußland erweisen habe, unmöglich, die Schule lediglich auf das wirtschaftliche Leben und auf Alltagsberufsanforderungen und -bedürfnisse zu gründen. Der seit 1900 immer härter ausgeübte Gedanke der Spezialistenbildung ist vielleicht besser, die Ideale der Allgemeinbildung und der Berufsbildung miteinander zu verbinden. Es ist jedenfalls nicht richtig, den Gedanken der Allgemeinbildung oder der Berufsbildung allein für maßgebend beim Aufbau eines Bildungssystems zu halten. Der Vorsitzende des Vereins, Prof. Schmitzer (Mannheim), behandelte in seinem Geschäftsbericht namentlich mit Fragen der Berufsberatung und Berufsbildungspolitik und wies dabei auf verschiedene Wünsche hin.

Die Nr. 16 des Amtsblatts des bad. Ministeriums des Kultus und Unterrichts enthält u. a. Bekanntmachungen über die Befreiungsfreier in den Schulen am 1. Juli über die Feier des 400jährigen Jubiläums der Augustinischen Konfession, über Dienstprüfung der Fortbildungsschullehrerinnen, Musiklehrerprüfung, Staatsprüfung für das höhere Lehramt an Handelsschulen, und Vertretung der Lehrer der neueren Sprachen, Anerkennung der in Baden erworbenen Prüfungszeugnisse für das wissenschaftliche Lehramt an höheren Lehranstalten durch Preußen und Ausbau der Volksschule.

Kennzeichnung der ausländischen Kraftfahrzeuge. Belgien hat die Besetzung B. Bulgarien BG, Dänemark DK, Dänisch DL, Deutschland D, Finnland FF, Frankreich F, Griechenland GR, Großbritannien GB, Britisch-Indien BI, Italien I, Luxemburg L, Monaco MC, Niederlande NL, Niederländisch-Indien NI, Norwegen N, Österreich O, Polen PL, Portugal P, Rumänien R, Schweden S, Schweden S, Spanien E, Tschechoslowakei CS, Ungarn U, Saargebiet trägt die Besetzung Saar.

Volkswirtschaft

Der Aufsichtsrat der Reichsbank hat beschlossen, für das Geschäftsjahr 1929 keine Dividende zu bezahlen.

Amerikas Kaubjelle

Der parlamentarische Kampf um den neuen amerikanischen Zolltarif, der vom Senat mit 44 gegen 42 Stimmen angenommen worden ist, hat weniger als 18 Monate gedauert. In Amerika selbst hat man die wichtigsten Zollmaßnahmen als außerordentlich leicht bezeichnet. Diese Charakteristik des neuen Gesetzes ist durchaus berechtigt. In allen Teilen der Welt, besonders aus den südamerikanischen und westafrikanischen Staaten, sowie den europäischen Anbitterländern hat es große Freude hervorgebracht. Auch die deutsche Industrie, besonders die Textilindustrie, hat sich über die neuen Zollmaßnahmen sehr freuen lassen. Die Zolltarife sind in der Hauptsache durch das neue amerikanische Zollgesetz fest in Ruhe gelassen worden. Besonders betroffen werden die Eisen-, Porzellan-, Kunststoffe-, Holz- und Eisenwarenindustrie. Auch die deutsche Leder- und Schuhindustrie dürfte durch die Senkung der Zölle von 12% bis 10% einen Gewinn davon haben.

Am einzelnen steht der neue Zolltarif die Erhöhung der Zölle für 887 Warengruppen vor. 290 Erhöhungen betreffen landwirtschaftliche Waren, insbesondere Zucker, Gemüse, Vieh, Fleisch und Getreide. Schon vorher geltenden Freilisten wurden u. a. Zement, Baumwolle, Häute, Wolle und Schuhe abgelehnt. Ermöglicht wurden die Zölle für Autos, Automobile (Kraftfahrzeuge), Aluminium und Tafelglas.

Es ist kein Zweifel, daß dieses rigorose amerikanische Zollgesetz weitestgehendes Maß für die internationale Handelspolitik haben wird. Der Überwiegende zeigt, welche gefährlichen Wege zur Zeit die Staaten mit überhöhten Schutzgebühren gehen, wobei die letzten 20 Jahre die Zölle zu den höchsten Zahlen wuchsen. Wann wird vernünftige Staatspolitik dieser Entwicklung Einhalt gebieten?

Gewerkschaftliches

Der Streit in den elbischen Kaligruben

MTA. Paris, 16. Juni. Wie die Agentur Havas aus Mülhausen berichtet, streifen in den Kaligruben des Mülhauser Bezirks insgesamt 80 Prozent der Belegschaften.

Rückbildung des Lohnabkommens in der Holzindustrie

Der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie hat von seinem vertraglichen Recht Gebrauch gemacht und die geltenden Lohnabkommen zum 1. August gekündigt. Damit wird eine Lohnbewegung eingeleitet, die sich auf etwa 110 000 Holzarbeiter in allen Teilen des Reiches erstreckt.

Auch gegen die Angestelltengehälter

Aus freigeberkchaftlichen Anstellungsverträgen wird uns geschrieben: Seit Monaten verhandeln die Arbeitgeber unter Ausnutzung der schlechten Arbeitsmarktlage einen Versuch der Anstellung der Angestellten zu erzwingen. Dieser Angriff auf das Gehaltsniveau der Angestellten ist dadurch in ein neues Stadium getreten, daß die Arbeitgeber bei den Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Donauhauser Schiedsgerichtes zum Ausdruck gebracht haben, daß sie auch die Angestelltengehälter um etwa 7,5 Prozent absuchen beabsichtigen. Es muß mitgeteilt werden, daß der Reichsarbeitsminister bei seiner Verbindlichkeitsklärung des Schiedsgerichtes diesen Absichten nicht entgegengetreten ist. Seine Haltung läßt annehmen, daß auch Schlichter und Schlichtungsausschüsse solchen Forderungen der Arbeitgeber Gehör schenken werden.

Allen Verfügen der Arbeitgeber, auch mit Unterstützung der Schlichtungsbehörden einen Gehaltsabbau zu erzwingen, werden die freigeberkchaftlichen Anstellungsverträge mit aller Entschiedenheit entgegengetreten. Die bisherige Entwicklung des Lebenshaltungsindex zeigt keineswegs eine solche Verbilligung der Lebenshaltungskosten, daß ein Abbau der Gehälter verantwortet werden kann. Auf jeden Fall werden sich die Arbeiterhände mit allen Mitteln gegen einen Einbruch in die Tarifverträge wenden. Selbst ganz abgesehen davon, daß die Tarifverträge heute nur eine unvollkommene Sicherung der Lebenserhaltung verbürgen, muß eine Durchbrechung des Tarifsystems durch Zusatzabkommen usw. eine große Gefahr für das kollektive Arbeitsrecht bedeuten.



Der Wettergott wird forrgiert künstlicher Regen in Holland. Unter Bild zeigt die Verlobung der Säde mit Eisgrieß in des Flusses.

Theater und Musik

Badisches Landestheater

Der lustige Krieg (zum ersten Mal)

Der Intendant des Badischen Landestheaters, Dr. Waag, hat sich gesagt, die Leute haben genug von dem armen Krieg, sie haben unter keinen Folgen tagtäglich zu leiden, sie reden und schreiben und debattieren zu allen Zeiten darüber, man muß ihnen jetzt auch einmal einen lustigen Krieg zeigen. Er hat, wie andere Theater, die vom Staub befreite und modern aufbereitete Johann Strauß-Ballett „Der lustige Krieg“ für sein Institut verschrieben und in einer ganz glänzenden Revue-Nummerung à la Dr. Waag einem vollbelegten Haus, in dem sich viele Fremde befanden, vorgeführt. Es verlag die Trompete und die blutigen Schanzenscheide, es heulte sich an dem fertigen Wirrwarr und schmunzelte über die „Kollapointen“, soweit es verstand. Ja, dieses Premierenpublikum überhört fast keine Anstandsarsenen, die in einem Staatstheater durch die Tradition gezogen sind; es wollte den Refrain von einem Schläger mit summen. Wie gelang, die Strategen, die diesen lustigen Krieg führten, verstanden ihr Metier ganz ausgezeichnet. Der Regisseur Dr. Waag ließ fast keine schweren Geheißer aufzuführen, er nahm leichte Kavallerie in die Stellungen und beschwor sogar Schützen in einem originellen Kostüm heraus, um anzudeuten, was nicht leicht zu sagen ist und doch gesagt werden muß. Daß der Waag'sche Generalstab, wenn der Hauptquartiermeister selbst die Schlacht lenkt, sich bemüht, in bester Form anzutreten, ist selbstredend. Das eine Lager wurde vom Schauspiel aus mit schwerem Geschütz bestückt: mit Hermine Siegler und Hermann Brand. Sie bildeten mit Emmy Seiberlich, Elise Hanf, Karoline Ester, Wilhelm Nentwig und Robert Kiefer eine Weibgarde, mit der vorauszuweisen war, daß ein lustiger Krieg geführt und gewonnen werden kann. Alles was assistieren mußte, verdient höchste Auszeichnung: Alfons Klosele (schon seiner schneidigen kühnen Galapardentform wegen), Viktor Sospach, Hermann Lindemann, Eugen Kainbach und Alfred Fren. Lorien Hecht hat für den ersten Akt ein entzückendes Bühnenbild entworfen, in das Margarete Schillernders ihre meistlich komponierten Singspieloperetten hineinfüllte, an denen der aufrechten lächelnde Mond selbst keine Freude haben dürfte. Schon der Farbenbau hat die richtige Musik gemacht. Die bessere kam aber aus dem

* Eine Führerkonferenz des Bundes deutscher Reichssteuerbeamten nahm dieser Tage gegen das geplante Rotopfer der Festbesoldeten Stellung. Die Konferenz nennt das Rotopfer in der vorgeschlagenen Form in ihrer Entschiedenheit eine „einseitige und unangenehme Maßnahme“. Sie fordert Heranziehung aller leistungsfähigen Schichten zu den allgemeinen Lasten. Verbilligung der Verwaltung durch vernünftigen Abbau von Verwaltungsausgaben und wirkliche Verwaltungsreform, sowie Vereinfachung der Steuergehalte nach den Vorschlägen der Denkschrift des Steuerbeamtenbundes. Die Konferenz warnt Regierung und Volksvertretung vor weiteren planlosen Einparungen bei den wachsenden Ausgaben der Reichssteuerverwaltung, weil dadurch zwangsläufig die Finanzlage des Reiches verschlechtert, die Kreditkraft gefördert und die Steuerungerechtigkeit begünstigt werde. Eine Führerkonferenz vor allem in einer wirtschaftlichen trostbaren und sozial gerechten Durchführung der vereinfachten Steuergehalte.

Sport

Wingstfahrt der freien Kanufahrer des 10. Kreises

Die diesjährige Kreisfahrt ging von Maxau nach Speyer zur Kollerinsel. Es beteiligten sich an dieser Fahrt die Vereine von Frankenthal, Worms, Ludwigshafen, Sandhofen, Seidelberg, Speyer und Karlsruhe mit 72 Booten und über 100 Genossen und Genossinnen. Der Lagerplatz, an dem sich die Boddler trafen, war in Maxau, an dem dortigen Hafen. Einige Vereine trafen schon am Samstag am Lagerplatz ein und waren abends war hier schon ein kleines Zeltorf entstanden. Doch zogen einige auswärtige Genossen es vor, wegen der lattem bekannten Rhein-Ischnaten, lieber auf dem harten Boden eines Tanzsaales als in ihren bequemen Zelten ihre Nachtruhe zu finden. (In der Pfalz gibt es auch noch 9 Uhr noch Schnaken!) Am Freitagmorgen früh kamen die Nachzügler. Auf einem großen Sandhaufen wechten die Bundes-, Sport- und Vereinsmatten.

Der Zweck und das Ziel der Kreisfahrt ist der, daß sich die Genossen kennen lernen, einander näher kommen und das Zusammengehörigkeitsgefühl gekräftigt wird. Bei Ruff und Gelang vermaßen die Stunden zu rasch und zu bald war die Zeit herangerückt, um an den Ausbruch zu denken. Mit Trompetensignalen wurde zum Sammeln geboten.

Im Hafen von Maximiliansau versammelten sich die Genossen mit ihren Booten. Der Kreisfahrwart Gen. Guntelsbacher begrüßte die Teilnehmer und gab der Freude Ausdruck, daß so viele Genossen seinem Ruf gefolgt sind. Bald darauf nahm die Fahrt, mit einem kräftigen Frei-Heil auf ein gutes Gelingen ihren Anfang. In flotter Fahrt ging es den Rhein abwärts, vom wolkenlosen Himmel strahlte die Sonne herab, nur der heftige Nordwind hinderte uns am allzu schnellen Fortkommen. Unsere altbekannten Lagerplätze ließen wir nacheinander hinter uns, wie Wellbüttele, Almbündung und Leopoldshafen. Bald hängten kleinere und größere Gruppen zusammen und ließen sich von der Strömung treiben. Mit Ruff und Gelang und ionischem Schabernack ging die Fahrt bis Germersheim, wo auf der badischen Seite Mittagstisch gemacht wurde. Hier wurde gefocht und getraut, daß man glaubte, man wäre dabei bei Muttern. Allzu schnell ertönte auch hier das Signal zum Aufbrechen und weiter ging die Fahrt Rheinabwärts, durch Pfalzburger Wälder mit seinen vielen Bindungen. Kurz vor Speyer nahm uns der Rhein wieder auf. Bald tauchte der Dom vor uns auf und Speyer war erreicht.

Am Samstagmorgen ging die Fahrt um 7 Uhr weiter nach der Kollerinsel, wo nach einigen Stunden gemüßigen Beilammens die Genossen die Fahrt in ihre Heimat antraten. Die Karlsruhe unternehmen noch einen kurzen Spaziergang in die Stadt, jedoch eine kleine Fahrt abwärts. Sodann ging wieder zurück nach Speyer, wo die Boote zum Eisenbahntransport herangeführt wurden. Um halb 9 Uhr nahmen wir Abschied und per Dampfzug ging nun wieder heimwärts.

Dr. Heiter, Generalmusikdirektor Krips spielte Strauß auf. Glücklicherweise nicht allzu süß, nicht allzu schmelzend. In der lustigen Kriegsmusik steigen keine Leuchtraten auf, es gibt kein Feuerwerk, es geht sehr gemütlich her. Aber der Dreierakt macht doch müde, er hat sich langsam a. D. getanzt. Erhaben Harald Fürtzenau für sein trefflich gezeichnetes Ballett keine Linien und Gruppenbilder erkannt, kann uns heute Strauß'sche Ballettmusik nicht mehr zulaufen. Das Publikum war unerlässlich, mitleidlos verlangte es da capo, bereitwillig wurde Folge geleistet.

Badisches Landestheater. Zur Aufführung gelangen: Die Operette „Der fidele Bauer“ am Dienstag, 17., die Oper „Tiefenland“ von Weber am Mittwoch, 18., die Oper „Ulla“ von Verdi am Donnerstag, 19., die Komödie „Jünger“ von Bernhard Scham am Freitag, 20., und das Schauspiel „Vom Teufel geholt“ von Ernst Hanjani am Samstag, 21. Juni. Die nächste Aufführung der Operette „Der lustige Krieg“ ist für Sonntag, 22. Juni, vorzusehen. — Für Samstag, 28. Juni, steht die Komödie „Salermoliers lustige Seelenwanderung“ von Roland Heich als nächste Erkaufführung in Aussicht. Ferner wird nach Chr. Dietrich Grabbes groteskes Lustspiel „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung“ vor Ablauf der Spielzeit zur Erkaufführung kommen. — Die Oper bereitet eine Neueinstudierung von Aubers „Die Summe von Fortici“ für Sonntag, 6. Juli, vor.

Konradin Kreuherfest. Die Stadt Meßkirch rüftet sich, den 150. Geburtstag ihres großen Sohnes, des Liederkomponisten Konradin Kreuher (1780—1849) feierlich zu begehen. Viele Gesangs- und Musikvereine der näheren und weiteren Umgebung haben ihr Erscheinen und Mitwirken zugesagt. In einem Festbankett am Samstagabend, in einer Morgenfeier am Sonntag und bei der Hauptfeier am Nachmittag in der Festhalle wird man in Wort und Lied seinem Genius huldigen. Von einer Festaufführung des „Nachtlagers von Granada“, Kreuher's Hauptwerk, durch das Landestheater mußte die Stadt zu hoher Kosten wegen Abstand nehmen. Doch beabsichtigt das Landestheater eine Aufführung des „Nachtlagers“ am 22. November ds. Js. in Karlsruhe, am eigentlichen 150. Geburtstag des Komponisten.

Ein neues Bühnenwerk „Das Fleigewicht“, eine Tragödie in vier Akten von Ferdinand Wolfinger, wurde von der Volksbühnen-Verlags- und Betriebs-G. m. b. H., Berlin, loeben für ihren Bühnenbetrieb erworben.

Leipheimer

& Mende

Leichte Sommer-Stoffe

Hohe Qualitäten

Niedrige Preise

Große Auswahl

Zirkus Sarraiani

Hans Stöck entließ als 18jähriger dem bürgerlichen Elternhause und wurde unter dem Künstlernamen „Sarraiani“ Clown mit drei...

Der große Sarraiani-Betrieb hat auf Grund jahrelang erprobter Erfahrungen seine Spezialorganisation aufgebaut. Ihren Kern bilden die in Automaten untergebrachten Büros der Verwaltung...

Sarraiani ist da!

In der Nacht vom Sonntag zum Montag ist nun der Haupttrupp des Zirkus Sarraiani in Durlach eingetroffen. Bis in die Nachmittagsstunden des Montags hinein dauerte das Anrollen...

Tagung

Obermeistertag der Badischen Bäder-Znning

Am 12. ds. Mts. fand in Weinheim die diesjährige Generalversammlung (Obermeistertag) des Badischen Bäder-Znningverbandes statt. Von 60 Znningen waren 56 vertreten. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß die Arbeit der Verbandsleitung im abgelaufenen Geschäftsjahr eine erfolgreiche...

Verbandsleitung vorgezogen, zur Annahme. Vier Entschlüsse wurden angenommen und zwar:

1. Auf Korrekturen des Arbeitsbeginns in Bädereien von morgens 5 Uhr auf 4 Uhr. 2. Gegen das neue Brotgesetz, das der Landwirt nicht helfen, sondern nur das Bäckererwerb...

Landarbeiterlos

Ein roher Patron! Ein Fall von geradezu unmenchlicher Landarbeiternmishandlung hat sich in dem Dorfe Forst bei Dornbach in der Nähe von Barmuth zugetragen. Ein Landwirt hat seinen Nechti so lange mißhandelt und geprügelt, bis der Arbeiter — einen Tag nach seiner Aufnahme ins Krankenhaus — an Erschöpfung und Bluterkrankung starb.

Der fünfte Band des Großen Brockhaus (Doe-Ez)

(784 Seiten, Preis in Ganzleinen RM. 26.— bei Umtausch eines alten Exemplars RM. 23.50.)

Man wird heute für die Beurteilung der Notwendigkeit und Brauchbarkeit eines großen Nachschlagewerks einen wichtigen Maßstab darin finden, wieweit es uns bei den Fragen, die uns täglich begegnen, hilft und weiterbringt. Es muß dem Großen Brockhaus immer wieder bestätigt werden, daß er gerade in dieser Richtung Vorbildliches leistet. Der fünfte Band bringt eine ganze Reihe von Stichwörtern, die im täglichen Leben eine Rolle spielen...

Letzte Nachrichten

Der Kampf um die Deckungsvorlagen

Berlin, 17. Juni (Landdienst). Der Reichsfinanzminister hat dem Reichsrat nunmehr seine Steuerentwürfe unterbreitet. In der Bitt, diese bereits in der Sitzung vom 18. Juni zu behandeln, da die Gesetzeswürde unter allen Umständen vor der Sommerpause des Reichstages verabschiedet werden müßten.

Das Kernstück dieses Gesetzes, das Reichsnotensteuer, inwieweit von fast sämtlichen hinter der Regierung stehenden Parteien abgelehnt worden. Die Volkspartei hat sich am Montagabend einstimmig gegen das Notopfer ihres Finanzministers wandt und vergeblich Deckungsvorläge gemacht...

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Südstadt: Mittwoch, 18. Juni, abends 8 Uhr, in der „Deutschen Volksbeiratsversammlung, Tagesordnung: „Streikpläne durch die meindespolitik der Stadt Karlsruhe“. Referenten: Gen. 2, 3, 4, 5 und 6 u. 7.

Bezirk Mühlburg: Am Mittwoch, 18. Juni, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus „zur Brunnenstube“, Hardstr., eine öffentliche Beiratsversammlung statt mit dem Thema „Der neue Voranschlag der Stadt Karlsruhe und seine Auswirkung auf Gemeindefinanz“. Ref.: Gen. 8 u. 9. Parteigenossen, Volksparteifreunde, insbesondere Arbeiter und Geschäftslente, eruchen wir alle vollständig an der Beiratsversammlung teilzunehmen. Auch alle Sport- und Gesangsvereine sollen an dieser Beiratsversammlung teilnehmen. Kommt alle die Beiratsversammlung, hier ist Gelegenheit, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Wasserstand des Rheins: Basel 162, gef. 8; Waldshut 352, gef. 2; Schaffhausen 229, gef. 1; Rehl 340, gef. 5; Maxau 536, gef. 5; Mannheim 449, gef. 5.

Vereinsanzeigen: Die in 4 Zeilen 60 Hg. bis 100 Hg. Tagesanzeigen haben unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber wenn sie...

Karlsruhe: Volkskassenabende. Die auf Mittwoch, 18. Juni, angeordnete Probe fällt aus, dafür findet am Freitag, 20. Juni, abends 8 Uhr, im Konserthaus eine Gesamtprobe statt. Um mitwirkend Weiterverbreitung wird gebeten. N.R. Mt. Mühlburg. Heute abend Zusammenkunft der Schüler und Schülerinnen und der Turner und Turnerinnen. Naturfreunde-Jugend. Heute 8 Uhr Gesamtprobe aller Mitglieder im Konserthaus. Freier Schützenverein. Wir beladen uns am Mittwoch, 18. Juni, bei der Beiratsversammlung in Belach, Am Sport. Treffpunkt 6 Uhr in der Krone in Belach. Stadionschuh für Arbeiterport und Jugendhilfe. Komm. Freitag, 20. Juni, abends 7 Uhr, Ausführl. und Zusammenkunft der Helfer zum Raft auf dem Platz der Freien Turnvereine zwecks Einteilung.

Wollen Sie Geld sparen? Burchard's Badewäsche gibt Ihnen die beste Gelegenheit dazu BURCHARD

Todes-Anzeige: Schmerzerfüllt teilen wir Verwandten und Bekannten mit, daß unser lieber Sohn und Bruder, mein lieber Bräutigam Franz Herlemann, Schlosser nach längerem Leiden gestern abend 1/8 8 Uhr im Alter von 22 Jahren verschieden ist.

Dankfagung: Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an unserem schweren Verluste sprechen wir unseren innigsten Dank aus. Am Namen der trauernden Hinterbliebenen: Wlth. Grimm.

Erschienen: Das Ehrenbuch der Stadt Karlsruhe 1914-1918. Leinen geb. RM 5.— Volksfreund-Buchhandlung Karlsruhe, Waldstraße 28, Fernsprecher 7020/21

Dankfagung: Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an unserem schweren Verluste sprechen wir unseren innigsten Dank aus. Am Namen der trauernden Hinterbliebenen: Wlth. Grimm.

Handwagen, abetrad. (siehe Nr. 20 u. 21) best. Sieber, Tulpenstr. 14, Mühlburg. (19647) Handwagen, abetrad. (siehe Nr. 20 u. 21) best. Sieber, Tulpenstr. 14, Mühlburg. (19647)

Ehren-Preise: für Gesang- und Musik-Vereine, Sport-, Schiek- und Regel-Preise, Fahnenhänge, Fahnenkränze. Empfehlung 4424. Christ. Fränkle, Goldschmied Karlsruhe, *allerpattage. Jetzt nur noch ESKA in dieser Literflasche QUALITÄTSMARKE

Haus in der Nähe Bahnhof, umf. 1/2 ha, halber zu verk., eut. u. verm. Anträge unter 2015 a. d. Volksfrdb. Schlafzimmer zu verk. Da, werden Schreinerarbeiten prompt b. bill. Berechnung abgef. G. Schals, Seifenstr. 78.

Antliche Bekannntwagungen: Arbeitsvergebung: Für die evang. Stadtkirche in Karlsruhe sind die inneren Antreicharbeiten öffentlich zu vergeben. 911 Bedingungen und Angebotsordrude, letztere sofort heranz, vom 17. Juni 1930 bis 20. Juni 1930 von 4-6 Uhr beim Beiratsbaunamt Karlsruhe, Stefanienstraße 28, Mittelbau, einzusehen. Kein Verband von Unterlagen nach auswärts. Angebotsöffnung am 21. Juni 1930 um 10 Uhr im Beiratsbaunamt, wobei die Angebote verschlossen, postfrei und durch Aufschlag geteuschmet, zu richten sind. Zuschlagfrist 10 Arbeitstage. Karlsruhe, den 18. Juni 1930. Beiratsbaunamt.

Extra billiges Sonder-Angebot: Frischer Spargel 40 Pfund, Suppen-Spargel 15 Pfund, Gekochter Schinken 95 Pfund, Erdbeeren 40 Pfund, Salatgurken 30 Pfund, Salat-Oel 95 Liter, Tafel-Oel 1.20 Liter, Matjes-Filet 10 Pfund, Italienische Kartoffeln 40 Pfund, Blumenkohl 50 Pfund.

In unserem Eefischungscaum besonders zu empfehlen: Erdbeerkaltschale 45 Pfund, Erdbeeren mit Sahne 50 Pfund, 1 ganze Erdbeertorte mit Sahne garn. 1.00, Erdbeereis mit Sahne 30 Pfund. KNOPE: Ein wenig gebrauchter Vallant das Badeladen braucht 28. Gage mit email, gußeis. Badewanne, preisb. u. best. bill. u. bestauf. Zu erf. Kofelstr. 5, II. 8663 Nebeninstr. 28. 1. Et. Karlsruh. (19647) Darlehen: Ein noch wenig gebrauchter, brauchbar 28. Gage mit email, gußeis. Badewanne, preisb. u. best. bill. u. bestauf. Zu erf. Kofelstr. 5, II. 8663 Nebeninstr. 28. 1. Et. Karlsruh. (19647) Räder: Ein noch wenig gebrauchter, brauchbar 28. Gage mit email, gußeis. Badewanne, preisb. u. best. bill. u. bestauf. Zu erf. Kofelstr. 5, II. 8663 Nebeninstr. 28. 1. Et. Karlsruh. (19647)

Neue indanthrenfarbige Wasch- und Druckstoffe

Carl Schöpf

Kunstseide einfarbig und bedruckt, Volle, Zefire, Trachtenstoffe, Wasch- und Wollmusseline etc., sowie die von der Mode besonders bevorzugten, bedruckten kunstseidenen Volles u. Georgettes in prachtvoller vielseitiger Auswahl billigst.

Bademantel-Stoffe, Bade-Mäntel, Bade-Anzüge, Strandjacken und -Anzüge, Frottierwäsche

Gernsbacher Anzeigen

Umwandlung des Stromnetzes Betr.

Nachdem die Arbeiten wegen der Umstellung der städtischen Stromversorgung bereits fast eingeleitet sind und in Verbindung damit die Erneuerung und Abänderung unzulänglicher Hausleitungen von den Hauseigentümern in Erwägung gezogen werden muß, scheint es uns angelegentlich, die wesentlichen sich hierauf beziehenden Bestimmungen des mit dem Bademwert abgezeichneten Vertrags bekannt zu geben, damit jeder Strombesitzer in der Lage ist, zu prüfen, inwiefern er von den Vertragsbedingungen Gebrauch machen will.

Die in Betracht kommenden Bestimmungen lauten:

§ 6.

Das Bademwert ist verpflichtet, für die Lieferung elektrischer Geräte mit den einzelnen Abnehmern auf deren Wunsch besondere Abmachungen über Ratengablung oder Miete zu treffen, die nicht ungünstiger sein dürfen, als den nachfolgend festgelegten Richtlinien entspricht.

Für die Anschaffung von elektrischen Räumlichkeiten und Betriebsmittel bis zu 24 Monatsraten zu zahlen, ohne daß Aufschlag auf die üblichen Listenpreise gemacht, diese vielmehr noch unterworfen werden. Die bei Erstellung des neuen Ortsnetzes einem Abnehmer etwa entstehenden Kosten für die Umänderung der Hausinstallation sind aus dem Betrag des Abnehmers vorzutragen und die dem Bademwert hierdurch entstehenden Zinsen und Unkosten in Monatsabläufen bis zu 24 Monatsraten zurückzuführen. Das gleiche gilt für den vom Abnehmer bei Anschaffung von Elektrostrommotoren und -Apparaten zu tragenden Anteil von 1/2 des Nettoertrags der Drehstromapparate und -Motore.

Die Abgeltung der vom Abnehmer zu tragenden Kosten und der Zinsen von elektrischen Geräten kann auch in der Weise erfolgen, daß eine monatliche Miete von 2,2 Prozent des vereinbarten Herstellung- oder Kaufpreises vom Abnehmer zu zahlen ist, wofür noch fünfjähriger Mietzins oder vorheriger Mietzins das Eigentumsrecht, das bis dahin dem Bademwert zugeht, auf den Besitzer übergeht. Die Abmachungen müssen auch Bestimmungen enthalten, welche Beträge dem Abnehmer auch unter Berücksichtigung der bezahlten Zinsen, zurückzuerhalten sind, wenn die Raten- oder Mietbeträge von ihm nicht mehr weiterbezahlt oder noch ausstehende Beträge vorzeitig zurückbezahlt werden.

Ferner ist das Bademwert verpflichtet, neu herankommende, die Leistungsfähigkeit beeinflussende Verbesserungen der elektrischen Geräte während der Laufzeit an dem Bademwert kostenlos anzubringen, d. h. die Herbeiführung von Verbesserungen oder durch Austausch der Bauteile dem entsprechenden technischen Fortschritt anzupassen.

Auch ist das Bademwert verpflichtet, zu Kosten des Ortsnetzes mit den einzelnen Abnehmern auf deren Wunsch Abmachungen zu treffen, nach welchen der Anschaffungspreis für elektrische Geräte und Apparate für den Abnehmer nicht höher wird als der Anschaffungspreis für gleichartige, gleichwertige und gleichgroße Geräte und Apparate für Gas.

§ 7.

1. Das Bademwert verpflichtet sich, elektrische Arbeit für Licht, Kraft, Heiz- und sonstige Zwecke an jedermann innerhalb der Stadt Gernsbach, insbesondere an die Stadtbetriebe selbst, zu jeder Tages- und Nachtzeit in ausreichender Menge, abzugeben. Die Lieferung der elektrischen Arbeit hat zu den nach genau festzulegenden „Allgemeinen Bedingungen der Elektrizitätsversorgung der Stadt Gernsbach zur Lieferung elektrischer Arbeit“ zu erfolgen, oder nach Wahl des Abnehmers, sofern er von den nach § 6 vorgesehenen besonderen Bedingungen des Bademwerts absehen, von den „Allgemeinen Bedingungen der Elektrizitätsversorgung der Stadt Gernsbach zur Lieferung elektrischer Arbeit“ abzuweichen. Ein festgesetzter Betrag ein und desselben Abnehmers nach den „Allgemeinen Bedingungen der Elektrizitätsversorgung der Stadt Gernsbach zur Lieferung elektrischer Arbeit“ und nach den besonderen Bedingungen des Bademwerts in Betracht kommt, der zu den in Ziffer 2 und 3 festgesetzten Preisen auf alle Fälle geliefert wird. Eine Veränderung der „Allgemeinen Bedingungen der Elektrizitätsversorgung der Stadt Gernsbach zur Lieferung elektrischer Arbeit“ durch die Stadtgemeinde während der Laufzeit bedarf nach ihrer erstmaligen gemeinsamen Festlegung des Einverständnisses des Bademwertes, schriftlicher Zustimmung des Abnehmers über das in Gernsbach bereits eingeleitete Maß hinaus gehen ohne besonderen Antrag von gleichem Zeitpunkt ab auch für Gernsbach.

Die Mietgebühr für den einzelnen Wechselstromzähler zur besonderen Nutzung von Hochstrom darf nicht mehr als 30 Pfennig monatlich betragen.

§ 8.

2. Bei Lieferung von Hochstrom wird der im Monat 100 kWh überschreitende Mehrbedarf einer Hausanlage an Hochstrom in den Monaten April bis einschließlich September mit 3 Pfennig statt 8 Pfennig je kWh berechnet.

3. Das Bademwert ist ferner verpflichtet, Hochstrom abweichend von den „Allgemeinen Bedingungen der Elektrizitätsversorgung der Stadt Gernsbach zur Lieferung elektrischer Arbeit“ während des ganzen Jahres zu einem Einheitspreis von 3 Pfennig je kWh in den drei ersten Viertelstunden an jedermann zu liefern. Vom Beginn des vierten Viertelstunden ab wird ferner der Stadtgemeinde die Garantie für eine Abnahme von jährlich mindestens 75 kWh Hoch- und Wechselstrom je Kopf der nach dem Volkszählungsergebnis von 1925 festgestellten Einwohnerzahl gegeben, jedoch der Einheitspreis für Hochstrom von 3 Pfennig je kWh auch in den folgenden Viertelstunden gilt. Das Bademwert wird ferner alle wirtschaftlich vertretbaren Maßnahmen anzuwenden, um einen möglichst hohen Jahresstromverbrauch herbeizuführen. Wird der Garantieverbrauch trotzdem nicht erreicht, weil insgesamt betrachtet die für den Hochstrom vorausgesetzte Gleichwertigkeit mit Gas bei den Gernsbacher Verhältnissen sich nicht erfüllt, dann ist im beherrschenden Einverständnis mit dem Bademwert alle wirtschaftlich vertretbaren Maßnahmen anzuwenden, die die Stadtgemeinde oder die Abnehmer dürfen in diesem Falle aus der Garantieleistung nicht in Anspruch genommen werden.

§ 11.

1. Das Bademwert wird außer den bereits in Gernsbach angedachten und zugelassenen Elektroinstallateuren nur solche Installateure zur Ausführung von Hausinstallationen zulassen, die über die erforderlichen Nachweise verfügen und den im Interesse der Anschaffung an sie sonst zu stellenden Anforderungen genügen. Ueber die Zulassung entscheidet das Bademwert im Benehmen mit der Stadtgemeinde; Installateure kann wegen unzulänglicher Geschäftsführung die Zulassung vom Bademwert wieder entzogen werden.

Das Bademwert ist zum Anschluß von neuen Hausinstallationen, die von einem nicht zugelassenen Installateur ausgeführt worden sind, nicht verpflichtet.

2. Das Bademwert hat das Recht, den Anschluß von neuen Anlagen zu verweigern, solange sie den Vorschriften nicht entsprechen. Die abänderungsbedürftige Hausinstallationen sind im Streitfall nur dann vom Bademwert abzurechnen, wenn durch einen städtischen

Inspektor anerkundener neutraler Gutachter dies als notwendig bezeichnet wird. Die durch die Befestigung des Gutachters entstehenden Kosten gehen als Anlagekosten.

3. Die Lieferung aller elektrischen Gegenstände erfolgt, soweit das Bademwert die Befestigung ausführt, oder ausführt läßt, durch provisorische Vermittlung in Gernsbach anfallender Geschäftsleute unter noch zwischen ihnen und dem Bademwert näher zu bestimmenden Bedingungen. Eine solche Abwicklung der Geschäftsgänge erfolgt nicht ohne vorherige Verständigung mit der Stadtgemeinde.

Der städtische Leiter des Sachvertrages, Herr Oberingenieur v. d. g. Mannheim, wird in den nächsten Tagen damit beginnen, die Leitungen der einzelnen Häuser auf ihre Brauchbarkeit hin zu prüfen, sobald es sich empfiehlt, bis dahin mit der Erstellung von Leitungen zur Abänderung der Hausinstallationen an die in Betracht kommenden Elektro-Installateure zu warten, damit nicht unnötigerweise noch brauchbare Leitungen geändert werden und dadurch vermeintliche Kosten entstehen.

Die vorgenannte Zählerleitung von der Wasserleitung bis zum Zähler muß trotz aller bisherigen Verhandlungen mit dem Bademwert als Hausinstallation behandelt werden, sobald jeder einzelne Hauseigentümer für die Herstellung dieser Leitung Sorge tragen muß und sie in freier Vereinbarung mit dem Bademwert in Ausführung aufzuführen hat. Wir haben gerade wegen dieser Zählerleitungen unter Bezug der Firma Brown, Boveri & Cie. verhandelt und dabei folgende Vereinbarung getroffen:

1. Der einzelne Hauseigentümer hat unter den diesen Installateuren einschließlich der Firma Brown, Boveri & Cie. die Wahl der Erstellung des Auftrags für die Ausführung der Zählerleitungen.

2. Zur Durchführung einer Einheitsleistung in der Leitungsführung wird die allgemeine Vorschrift des Bademwerts eingehalten und als Grundlage für die Auftragserteilung in jedem einzelnen Falle verwendet. Die Installateure erhalten zu diesem Zwecke eine Fertigung der maßgebenden Vorschriften auszufertigen.

3. Um zeitlich eine rechtzeitige Fertigstellung der Zählerleitungen zu gewährleisten, wird von der Firma Brown, Boveri & Cie. ein Zeitplan für die einzelnen Stadtbetriebe aufgestellt. Die Termine sind jeweils genau einzuhalten. Im Bedarfsfall ist die Stadt bereit, den Auftrag zur Ausführung der Zählerleitungen der Firma Brown, Boveri & Cie. zu erteilen, ohne daß eine Unterabgabeung des in Betracht kommenden Installateurs erfolgt.

Wegen der Höhe der einheitlich festzusetzenden Preise für die Zählerleitungen haben wir weitere Erhebungen veranfaßt und dabei festgestellt, daß ein Mindestmaß von 30 Prozent auf die nachstehenden Preise der Verbandspreisliste angelegt sind:

	Verbandspreis VEJ	30% Mindestmaß	Höchster Preis
2x6 qmm Leitung NGA/NL und Stahlfeder je Meter	2,05 Mk	0,88 Mk	2,07 Mk
3x6+4 qmm Leitung NGA/NL und Stahlfeder je Meter	4,30 Mk	1,29 Mk	3,01 Mk
2x6 qmm Leitung NGA/NL und Stahlfeder je Meter	4,60 Mk	1,88 Mk	3,22 Mk
3x6+4 qmm Leitung NGA/NL und Stahlfeder je Meter	6,35 Mk	1,90 Mk	4,45 Mk

Auch für die sonstigen Hausinstallationen ist das Verlangen eines Mindestmaßes in mindestens der gleichen Höhe durchaus berechtigt. Das Bademwert teilt uns weiter mit, daß die Kosten für die Montage der Zählerkasten und Elektrokasten in folgender Höhe angesetzt seien:

1 Zählerkasten ein- u. zweipolig einpol. Befestigungsmaterial	2.- Mk
1 Zählerkasten drei- u. vierpolig einpol. Befestigungsmaterial	2,50 Mk
1 Elektrokasten zweipolig einpol. Befestigungsmaterial	1,30 Mk
1 Elektrokasten vierpolig einpol. Befestigungsmaterial	2.- Mk

Die Anschaffungspreise der Zählerkasten und Elektrokasten beinhalten sich nach der Verbandspreisliste auf:

1. Für Lichtanlagen (Zweipoliger Zähler)	3,10 Mk
mit 1 Element und 1 Ruhestromzähler	11,25 Mk
mit 2 Elementen und 2 Ruhestromzählern	13.- Mk
mit 4 Elementen und 4 Ruhestromzählern	15,50 Mk
2. Für Betriebslicht- und Kraftanlagen (Drei- und Vierpoliger Zähler)	6,50 Mk
ohne Sicherungselement	11.- Mk
mit 1 Sicherungselement und 1 Ruhestromzähler	12,50 Mk
mit 2 Sicherungselementen und 2 Ruhestromzählern	13,75 Mk
mit 4 Sicherungselementen und 4 Ruhestromzählern	15.- Mk
mit 5 Sicherungselementen und 5 Ruhestromzählern	16,50 Mk

Einlagenliste:

Abweiglatten ohne Sicherung 2 x 6 Quadratmillimeter	2,35 Mk
Abweiglatten ohne Sicherung 4 x 6 Quadratmillimeter	3,70 Mk
Abweiglatten mit Sicherung 4 x 16 Quadratmillimeter	17,50 Mk

Auf diese Preise wird ein Nachschlag von mindestens 40 Prozent für Berechtigte gehalten. Sofern die der Auftragserteilung der Zu-

staltung die empfohlenen Mindestabstände nicht einhalten will, empfiehlt es sich, Kontrahierungsangebote einzuholen.

Wir sind selbstverständlich zu jeder weiteren Auskunft über die vertraglichen Abmachungen mit dem Bademwert, soweit sie für den einzelnen Strombesitzer von Wert sind, gerne bereit zu geben und, entsprechende Anfragen abzugeben, an uns zu richten.

Gernsbach, den 14. Juni 1930.

Bürgermeisteramt:
Menges.

Kirchen-Versteigerung.

Am Freitag, den 20. Juni 1930, von nachmittags 4 Uhr ab, wird das Erträgnis der Kirchenbäume im Gabelthal, am Felsenweg, im Gemarkungsbereich, am Schulplatz, beim Farnenfall versteigert. Hierzu werden Steigerungsbiethaber eingeladen.

Die Versteigerung beginnt am vorgenannten Orte und wird in der Reihenfolge, wie vorstehend aufgeführt, vorgenommen.

Gernsbach, den 16. Juni 1930.

Bürgermeisteramt:
Menges.

Gaggenauer Anzeigen

Mütterberatungsstunde betr.
Die nächste Mütterberatungsstunde findet am Mittwoch, den 18. d. M., nachmittags 2 Uhr, im Rathaus (Bürgeraal) der Stadtgemeinde Gaggenau statt.

Gaggenau, den 16. Juni 1930.

Der Bürgermeister:
Schneider

„Lilli, geh' doch mit zu Tintz — der Kumpel mocht schon spielen!“

Wir dürfen doch nur in Begleitung Erwachsener dorthin!

Ein großer Vergnügungsplatz befindet sich dort.

Preis Ausschreiben
Preise im Gesamtwerte von Mk. 600.—
Bedingungen an allen Kassen erhältlich.

HERMANN TIETZ
KARLSRUHE

Schauburg

Das größte Theater der Stadt
der angestimmte Automatismus an Sommertagen!

Ab heute nur bis einschl. Freitag
der populärste Romanist
der Weltliteratur

Zwei Menichen

Nach dem Roman von Richard
Darsteller:
Der Graf von Enns . . . Prof. W. . .
Die Gräfin von Enns . . . Tony . . .
Der junge Graf Bocho . . . O. . .
Der Diener Florian, Ferdinand . . .
Judith Platter, Herrin vom
Platterhof, Gräfin Agnes . . .
Der Kaplan auf Schloß
Enns Karl . . .

Ein ganz seltenes Filmwerk, das immer und immer wieder vor-
langt wird und das deshalb
in jedem Jahre mindestens
einmal auf dem Spielplan
Theaters zu erscheinen
muss.

Neue Kopie! Jugend, haben
kleines Beiprogramm.

Urteil
3. Pr. 11. E.

des Reichsministers a. D. Dr. Heinrich
in Berlin-Charlottenburg, Vorsitz.

Dr. Otto Bader, berufsmäßiger Schriftführer
der Zeitung
„Der Führer“ in Karlsruhe, Dringlichkeits-
Antrag.

wegen Verleumdung
hat das Badische Amtsgericht C 5 in
ruhe in der Sitzung vom 26. Juli 1930
für Recht erkannt:

Der Angeklagte Dr. Otto Bader von
Karlsruhe wird wegen öffentlicher Verleumdung
in der Sache der Unberücksichtigung
100 RM. — Einbuße Reichsmark, an
Stelle im Falle der Unberücksichtigung
Geizhalsigkeit, beurteilt.

Dem Angeklagten wird die Verurteilung
fandt, den erkannten Teil des Urteils
6 Wochen nach Rechtskraft durch je einen
6 Wochen nach Rechtskraft durch je einen
des Verurteilten öffentlich bekannt zu
machen.

Die Liebereinstimmung mit der Urteils-
beurteilung und die am 12. Mai 1930
getretene Rechtskraft des Urteils bezeugen.
Karlsruhe, den 12. Juni 1930.

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle
Amtsgericht:
Könzler.

Badisches Landes-Theater
Dienstag, 17. Juni
8.27
T. G. 101-200
(Sonderoper)

fidele Bauer

Operette von Paul
Dirigent: Reilbert
Regie: Ammermann
Mitwirkende: Wanz,
Genter, Seibert,
Winter, Herz, Köhler,
Pöhl, Sauer,
Fuchs, Kolbach,
Kiefer, Klobie,
Lauterbach, Böler,
Reinwig, Briller, Arras,
Rilian, Bindemann,
Kugel, Ribinus,
Anfang 20 Uhr
Ende 22 1/2 Uhr
Preise C (1,00—7,00 Mk)

Pr. 18. 6. Tiefenad.
Do. 19. 6. Wida. Pr. 20. 6.
Dinjen. Sa. 21. 6. Som.
Zweifel geholt. Sa. 22. 6.
Der lustige Krieg. Pr. 23.
6. Die andere Seite.

Machtweins Salatöl

von reinstem, delikatem
Geschmack, z. Mayonnaisen
vortrefflich geeignet.

CARL ROTH
DROGERIE
TELEFON 6180 6161

Verkauft 400
1 Pfund-Flasche, neu, 50 Mk
1 Pfund-Flasche, alt, 50 Mk
1 Pfund-Flasche, alt, 50 Mk
1 Pfund-Flasche, alt, 50 Mk
1 Pfund-Flasche, alt, 50 Mk

STADTGARTEN

Mittwoch, den 18. Juni, von 16—18 1/2 Uhr:
Nachmittagskonzert der Feuerwehrkapelle

Und wenn Sie sich auf den Kopf stellen, Sie müssen in diesen Zeiten mehr Reklame denn je machen • Kommen Sie zu uns Verlagsdruckerei Volksfreund Waldstrasse 28, Tel. 7020

KOPF